

FRAGE

Als Konsequenz aus der Finanzkrise sollen die Eigenkapitalregeln für Banken künftig stufenweise verschärft werden (Basel III). Danach sollen Kreditinstitute künftig eine Kernkapitalquote von 7,5 Prozent erreichen. Die Schweiz geht über diese Vorgaben hinaus und verlangt eine Kernkapitalquote von zehn Prozent. A) Sollte Deutschland diesem Beispiel folgen und für Banken ebenfalls eine Kernkapitalquote von zehn Prozent einführen?

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Man benötigt offensichtlich mehr Puffer, als man vor der Finanzkrise dachte.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Schon nur 10 % Eigenkapitalquote sind ein Witz. Gibt irgendeine Bank einem großen Mittelständler Kredit, wenn er nur eine Eigenkapitalquote von 10 Prozent hat?

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Eine derart starke Erhöhung der geforderten Kernkapitalquote würde insbesondere im Sparkassenbereich auch solche Institute vom Markt vertreiben, die bislang ein stabiles Geschäftsmodell haben. Das hätte negative Folgen auf den Wettbewerb in Deutschland.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eine solche Regelung schafft eine Kreditklemme, ohne wesentlich zur Verbesserung der Stabilität des Finanzsektors beizutragen oder die Anreize des Finanzsektors zu verbessern.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Die Hebelwirkungen (leverages) müssen im Durchschnitt reduziert werden, um die Gefahren einer nächsten Blase zu reduzieren.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Angesichts der Verluste, die verschiedene Finanzinstitute in der Finanzkrise erlitten haben, ist eine Kernkapitalquote von zehn Prozent als Risikovorsorge sinnvoll, insbesondere da – durchaus ausfallgefährdete - Staatsanleihen nicht mit Eigenkapital hinterlegt werden müssen.

Prof. Dr. Fritz Söllner Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, TU Ilmenau:

Je höher die Kernkapitalquote ist, desto stabiler ist das Bankensystem

Prof. Dr. Jürgen Kähler Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Eine höhere Eigenkapitalquote als bisher (unter Basel II) ist nur ein Element in der notwendigen Reform des Bankensystems. Ebenso wichtig ist es, dass die Eigenkapitalquoten auch tatsächlich in einer Krisensituation als Puffer zur Verlustabsorption eingesetzt werden können. Hier sind die Regelungen von Basel III (Kapitalerhaltungspuffer von 2,5% und antizyklischer Puffer von bis zu 2,5%) sehr sinnvoll. Mit diesen beiden Puffern würde die Eigenkapitalquote bis zu 13% in der



Endausbaustufe betragen. Das sollte hinreichend sein. Eine Erhöhung der Eigenkapitalquote kann auch sehr negative Konsequenzen haben. Eine Erhöhung ohne gleichzeitige Flexibilisierung wäre suboptimal.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Es gibt bessere Alternativen und die Regulierungsdichte in diesem Bereich ist bereits sehr hoch, wenn auch fehlsteuernd.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Dieser Vorschlag reduziert die Risiken der Bank-Gläubiger.

Prof. Dr. Wolfgang Eggert Lehrstuhl für Finanzwissenschaft II, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das bedeutet eine Stärkung der Haftung. Jedoch ist diese wünschenswerte Regulierung zur Beschränkung von Moral Hazard wahrscheinlich international nicht implementierbar. Auch die Schweiz mag diesen Vorschlag machen, nur ob sie ihn wirklich einhält steht auf einem ganz anderen Blatt.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

7,5% und auch 10% sind zu niedrig. Es sollte 25% gefordert werden.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Kreditvergabe kann dann zwar tendenziell teurer werden, aber einer Krise wird dann besser vorgesorgt. Der Gesamteffekt auf die Kreditzinsen ist auch nicht ganz klar, weil sich die Refinanzierungskonditionen für die Banken verbessern können, wenn die Anleger mehr Vertrauen in die Bank haben.

Prof. Dr. Reinhold Schnabel Lehrstuhl für VWL, insb. Finanzwissenschaften, Universität Duisburg-Essen:

Die schweizerischen Banken stellen eine größere systemische Bedrohung für ihr Land dar, da sie im Vergleich zur Größe der Volkswirtschaft ungleich erheblicher sind als unsere Banken. Das gilt vor allem für die beiden Großen!

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

... aber mit einem zeitlich gestreckten "phase in", sicher über zehn Jahre, denn sonst erzeugt man die Probleme, die man lösen will.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Grundsätzlich ist eine hohe Eigenkapitalausstattung bei den Banken aus Risikogesichtspunkten wünschenswert. Allerdings führen hohe Eigenkapitalanforderungen zu einem sinkenden Kreditangebot und einer geringeren Geldschöpfung. Vor diesem Hintergrund erscheinen die aktuellen Regelungen von Basel III als sinnvoll und ausreichend. Zusätzlich zur Kernkapitalquote



muss eine wirksame Regulierung umgesetzt werden, damit die Auslagerung von Risiken aus der Bilanz weitestgehend international einheitlich verhindert werden kann.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die können es halt machen!

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Eine höhere Kernkapitalquote schafft zusätzliches Vertrauen, weil Risikopositionen in höherem Maße mit Eigenkapital unterlegt sind. Dies ist anzuraten, um das Prinzip der Eigenhaftung zu stärken. Auf integrierten Finanzmärkten haben auch die Ansteckungsgefahren zugenommen, das Banken in eine Schiefelage geraten. Daneben kann die höhere Quote mit Blick auf Übernahmen vorteilhaft sein. Man sollte aber nicht glauben, damit gegen alle Krisen gewappnet zu sein.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Der Zwang zu einer höheren Eigenkapitalbildung verhindert Ausschüttungen an die Eigentümer und schützt die Steuerzahler besser vor riskanten Bankgeschäften zu ihren Lasten.

PD Dr. Jan Schnellenbach Lehrstuhlvertreter für Finanzwissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg:

Der Nutzen dieser Maßnahme (robustere Finanzausstattung der Banken) überwiegt die Kosten (möglicherweise etwas geringere Kreditvergabe).

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Die Märkte haben zuletzt bereits eine höhere Eigenkapitalquote als die aufsichtsrechtlich vorgegebene Quote verlangt. Es kommt jetzt darauf an, dass Basel III weltweit eingeführt wird und dies möglichst einheitlich, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Zudem darf die Kreditwirtschaft nicht überfordert werden. Bislang ist noch unklar, wie die einzelnen Regulierungsmaßnahmen kumuliert wirken.

Dr. Manfred Schwaren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Marke von 7,5% will erst einmal erreicht sein. Die nötigen Aktienemissionen müssen erst einmal am Markt platziert werden. Dann kann man weitersehen.

Prof. Dr. André Schmidt Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Die Erhöhung der Kernkapitalquote ist ein sehr effektiver Schutz zur Vermeidung von Insolvenzen im Bankensektor.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Deutsche Banken sind relativ schwach im internationalen Vergleich. Eine Stärkung wäre daher sinnvoll.



Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Es steht außer Frage, dass Erhöhungen der Kernkapitalquote erforderlich sind. Deutschland kann in dieser Hinsicht aber nur auf eine Verschärfung der international verbindlichen Standards dringen. Die deutschen Banken sollten nicht gezwungen werden, diese Standards noch zu überbieten. Die Marktstellung der Schweizer Banken mag ihnen das erlauben.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Die Umsetzung dieser Idee führt zu einer dringenden nötigen Erhöhung des Haftungsrisikos.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die unterschiedlichen Geschäftsmodelle der Banken sprechen dagegen; das Problem „too big to rescue“ gilt für Deutschland nicht.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Derzeit herrscht Unsicherheit über die Stabilität der Banken und des Bankensektors. Eine so hohe Kernkapitalquote hätte m.E. erhebliche vertrauensbildende Wirkungen.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Zunächst einmal wäre es aus wettbewerbspolitischen Erwägungen sinnvoll, eine entsprechende Erhöhung zusammen mit den anderen Basel-III-Ländern statt im Alleingang durchzuführen. Außerdem besagt eine Erhöhung der Kernkapitalquote nichts, wenn der Nenner dieser Maßgröße von den Banken flexibel ausgestaltet werden kann. Viel wichtiger wäre es, eine durchsichtige Bilanzierung der Banken zu erreichen, die dem Vorsichtsprinzip bei der Bewertung von Verbindlichkeiten ausreichend Rechnung trägt.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Nationale Alleingänge bringen wenig in globalen Kapitalmärkten und benachteiligen zudem die inländischen Finanzinstitute.

Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Passau:

Der gewählte Zeitpunkt ist falsch.

Prof. Dr. Nikolaus Wolf Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Humboldt-Universität zu Berlin:

Die Krise wurde u.a. durch zu geringe Auflagen bei den Eigenkapitalquoten verursacht. Eine erhöhte Kernkapitalquote geht in die richtige Richtung.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das wäre auch eine Sicherung gegen die abzusehenden Finanzkrisen zahlreicher Staaten (z.B. Japan)

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Besser als eine Kernkapitalquote von zehn Prozent wären stärker differenzierte Aufschläge für spezielle Risikogruppen auf die Quote von 7,5 Prozent. Doch bin ich skeptisch hinsichtlich der Umsetzbarkeit einer solchen fein-differenzierten Lösung.



Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Es muss zukünftig verhindert werden, dass Banken sich immer wieder als "systemrelevant" definieren und die Risiken, die sie selbst eingehen, im Krisenfall über staatliches Handeln auf die Steuerzahler überwälzen können.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Diese Maßnahme ist noch nicht ausreichend. Die Bundesregierung sollte weit umfangreichere Regelungen einführen, die das Principal Agent-Problem im Finanzsektor im Kern angehen. Die Akteure im Finanzsektor werden nach wie vor Rendite-orientiert und nicht Risiko-orientiert entlohnt. Sie haben keine persönlichen Nachteile von hoher Risikoübernahme. Nachteile haben sie jedoch bei geringer Rendite.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es gibt keine bessere Prophylaxe gegen Banken Krisen als ausreichende Eigenkapitalpuffer.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Vertrauen der Märkte ist wichtig. Statt Besitzer von Bankanleihen künftig „zur Kasse zu bitten“, sollte das Eigenkapital als Risikoträger endlich geeignet zur Geltung kommen. Es geht langfristig sogar noch mehr als 10%: Je riskanter die Banken arbeiten, desto mehr Eigenkapital muss ihnen zur Verfügung stehen. Eine Eigenkapitalrendite von 25% wie von Josef Ackermann gefordert, kann dauerhaft nur durch Eingehen großer Risiken und einen großen Hebeleffekt erwirtschaftet werden. Und wenn es schief geht, soll wohl wieder der Steuerzahler einspringen? International tätige Banken mit riskanten Aktivitäten sollten letztlich eine Eigenkapitalquote und eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite haben wie andere Unternehmen auch, regional tätige Sparkassen und Volksbanken natürlich entsprechend weniger!

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die deutschen Banken wären im internationalen Vergleich sehr stark betroffen. Außerdem können überzogene Eigenkapitalanforderungen dazu führen, dass Banken relativ schnell zu Wertpapierverkäufen gezwungen werden, was zu Kurseinbrüchen und Wertberichtigungen auch bei den gesunden Banken führt und eine regulierungsverursachte Abwärtsspirale einkleitet.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Es sollte eine azyklische Regulierung die simplen Eigenkapitalquoten ersetzen. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote ist nur ein Verschiebebahnhof.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

So etwas sollte man nur international abgestimmt machen, sonst wandert das Kapital dorthin, wo es die geringsten Sicherheitsauflagen gibt. Damit ist niemandem gedient. Die Schweiz kann sich einen Alleingang als internationaler Finanzstandort vielleicht leisten, Deutschland aber nicht.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Eine erhöhte Kernkapitalquote führt zu mehr Glaubwürdigkeit.



Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die richtige Kernkapitalquote gibt es nicht. Jede Bank muss selber wissen, welche Vorsorge sie treffen muss. Die Konsequenzen einer zu niedrigen Kapitaldecke müssen für die Eigentümer hinreichend abschreckend sein, um die kurzfristigen Anreize, im Wettbewerb eine zu niedrige Kapitaldecke vorzuhalten, mehr als zu kompensieren.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Das schärft das Risikobewusstsein bei den Großbanken und mildet die Probleme des Morald Hazard wegen des "Too big to fail".

PD Dr. Elke Agatha Muchlinski Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte, Freie Universität Berlin:

Banken sind globale Player, Finanzmärkte international vernetzt (wie ja auch die Finanzmarktkrise zeigte) und daher ist die sog. "house in order doctrine" nicht anwendbar, sondern nur kooperative, abgestimmte, internationale Maßnahmen. Auch bei der Finanzkrise gilt es, den "Super-Crash" nicht auf übermorgen zu verlagern.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Otto-Guericke-Universität Magdeburg:

Das deutsche Bankensystem hat eine andere Struktur als das Schweizer Bankensystem.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Eine stärkere Regulierung ist sinnvoll.

Prof. Dr. Georg Hirte Lehrstuhl für Makroökonomik und Raumwirtschaftslehre, TU Dresden:

Das Finanzmarktssystem enthält erhebliche inhärente Risiken ("Restrisiken?"), die angesichts des geringen politischen Willens zur Regulierung der Finanzmärkte praktisch unverändert geblieben sind. Es ist deshalb notwendig, den für die Volkswirtschaft wichtigen Bankensektor gegen diese Risiken abzusichern. Dieser Sektor ist offensichtlich selbst nicht in der Lage oder nicht Willens (vielleicht auch aufgrund der Absicherung durch die Staaten), sich gegen diese Risiken abzusichern.

Prof. Dr. Dominik Maltritz Lehrstuhl für Internationale Ökonomie, Universität Erfurt:

Eigentlich ist das gut. Es sollten alle Länder so machen, da ein zu geringes Eigenkapital die Anreize für riskantes Verhalten liefert und die Pufferwirkung bei Schwankungen verringert, aber es sollten alle Länder machen. Sonst ergäbe sich ein Wettbewerbsnachteil für Deutschland

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Finanzmarktkrise und aktuelle Atomkrise verdeutlichen gleichermaßen, dass selten auftretende Ereignisse fehlerhaft eingeschätzt werden. Diese Lücken erfordern hohe Sicherheitspuffer.



Prof. Dr. Albrecht Michler Professur für Volkswirtschaftslehre, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Eine entsprechende Quote senkt das systemische Risiko; entscheidend sind aber international abgestimmte Regeln, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden; die Quote könnte auch von spezifischen Kriterien abhängig gemacht werden, die das Systemrisiko zuverlässig erfassen.

Prof. Dr. Ulrich Pfister Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine höhere Eigenkapitalquote bedeutet eine Zügelung des Risikoappetits.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Zwar ist es möglich, dass die Stabilität einzelner Banken steigt (wenn sie u.a. ihre Risiken nicht erhöhen), aber die Bankenstruktur in Deutschland ist vollkommen anders als in der Schweiz. Dann führt der Wettbewerb auch mit US-Banken zu einer Verlagerung nach London und damit zum „Aus“ für den Bankplatz Frankfurt. Außerdem müssten bei „staatlichen“ Banken die Steuerzahler das Eigenkapital aufbringen und gerade das sollte verhindert werden. Dabei sind die 10 % „willkürlich“ gegriffen – und die Finanzkrise (egal ob US-Subprime oder Immobilienkrise in Südeuropa oder Politikversagen Griechenlands usw.) hätte damit nicht verhindert werden können.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Eine höhere Kernkapitalquote ist zentral dafür, dass bei zukünftigen Finanzmarktkrisen der Staat weniger als bei der letzten Finanzmarktkrise stützend eingreifen muss.

Prof. Dr. Ashok Kaul Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik

„, Universität des Saarlandes:

Eine solche Regelung wird ohnehin umgegangen.

FRAGE

In der Schweiz werden von Banken bereits Pflichtwandelanleihen (Contingent Convertible Bonds) ausgegeben, um die schärferen Eigenkapitalvorgaben zu erfüllen. Wären diese CoCo-Bonds, die in Eigenkapital umgewandelt werden, sobald die Kapitalquote unter einen bestimmten Schwellenwert sinkt, auch für Deutschland ein sinnvoller Ansatz?

Prof. Dr. Johannes Jaenicke Juniorprofessur für Ökonometrie, Universität Erfurt:

Damit wird ein zusätzlicher Risikopuffer eingeführt. Mehr Transparenz und Haftung im Regressfall sollte, auch bei den Rating-Agenturen, weiterhin als Ziel verfolgt werden sollte.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Trotz Bedenken, dass die CoCo-Bonds in den Keller rauschen, wenn die emittierende Bank ins Gerede kommt, könnte das funktionieren, denn die Bonds müssten ja entsprechend gut verzinst sein.



Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Das Instrument macht Sinn, doch sollte man es zunächst nur begrenzt anwenden und Erfahrungen sammeln.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Ein Sicherungsautomatismus ist zu begrüßen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Es kommt nur darauf an, dass das Eigenkapital im Krisenfall vorhanden ist. Insofern kann es in normalen Wirtschaftszeiten entweder als Wandelanleihe oder als Eigenkapital bereit gestellt werden.

Prof. Dr. Jürgen Kähler Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Auch so kann man eine sehr sinnvolle Flexibilisierung von Eigenkapitalquoten erreichen. Hier konstruiert man einen Puffer, der in Krisenzeiten wirken kann.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Es würde die Flexibilität erhöhen.

Prof. Dr. Monika Jungbauer-Gans Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftssoziologie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Eine solche Lösung würde mit höherer Verantwortung der Beteiligten einhergehen.

Prof. Dr. Reinhold Schnabel Lehrstuhl für VWL, insb. Finanzwissenschaften, Universität Duisburg-Essen:

Es ist ein einfaches Mittel, die Gläubiger frühzeitig zu beteiligen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Das wird eingepreist, damit ist die Wirkung weg und in guten Zeiten verteuern sich die Kredite. Ich bleibe bei meiner alten Position einer Bankenabgabe zugunsten der Staatsschuld.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Die CoCo-Bonds ermöglichen die Stabilisierung der Banken im Krisenfall und können die Notwendigkeit staatlicher Hilfen deutlich reduzieren. Zudem können die Anleihen, sofern sie auf geregelten Märkten mit ausreichend Liquidität gehandelt werden, ein weiterer Risikoindikator sein.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Da gibt es positive und negative Aspekte, die zu berücksichtigen sind. Auf der einen Seite können die Bonds rasch in Eigenkapital überführt werden, wenn die Kernkapitalquote unter einen Schwellenwert sinkt. Dabei werden die Gläubiger, die über entsprechende Anleihen verfügen, mit in die Pflicht genommen. Auf der anderen Seite kann das Instrument dazu führen, dass das Bankenmanagement weniger risikobewusst agiert. Die Frage ist, ob sich hier überhaupt ein Markt

etabliert. Ein risikoscheuer Investor, der mit einer Anleihe ein vergleichsweise geringes Risiko eingeht, hat auf einmal ein höheres Risiko zu tragen, wenn es zur Wandlung kommt.

Prof. Dr. Jürgen Backhaus Krupp-Stiftungsprofessur für Finanzwissenschaft und Finanzsoziologie, Universität Erfurt:

Der Mechanismus ist eingespielt und daher geeignet.

PD Dr. Jan Schnellenbach Lehrstuhlvertreter für Finanzwissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg:

Das Erreichen der Vorgaben mit "echtem" Eigenkapital erscheint mir solider.

Dr. Manfred Schwenen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Krisen einer Bank führen zu einer dramatischen Abwärtsspirale. Wenn die Schwelle für die Zwangswandlung in Aktien in die Nähe rückt, werden die Aktieninhaber verstärkt Aktien verkaufen, da das Kapital durch die Zwangswandlung verwässert wird. Außerdem wird der Markt für CoCo-Bonds einen erhöhten Zins fordern, da das Risiko ebenfalls erhöht ist. Dieses Instrument halte ich für gänzlich ungeeignet.

Prof. Dr. André Schmidt Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Das Mittel schafft Flexibilität.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Das könnte ein Weg sein, auch die Eigentümer von Banken an ihrer Stabilisierung im Krisenfall zu beteiligen.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Ein solches Instrument stärkt die differenzierte Preisstellung für Risiken. Im Gefolge der aktuellen Krise ist diese Funktion wertvoll.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Der Vorschlag stärkt die Eigenkapitalbasis, wenn erforderlich, gleichzeitig reduziert er den Kapitalbedarf in der Krise. Dennoch gibt es auch offene Fragen etwa hinsichtlich Pricing und Akzeptanz bei Investoren

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Sicher macht die Ausgabe solcher Pflichtwandelanleihen den Banken die Verschärfung der Eigenkapitalvorgaben schmackhafter. Die konkrete Ausgestaltung dieser Anleihen muß aber sehr gut durchdacht sein. Der Auslöser der Finanzkrise war die sehr kreative Gestaltung und Handhabung neuer finanzieller Instrumente, da sollte man mit der Einführung noch weiterer Instrumente doch vorsichtig sein.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Das führt zu einer unnötigen Verwässerung des Eigenkapitals.



Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Passau:
Eine Vermeidung von Risiken im Interesse der Eigentümer wird so nicht gefördert.

Prof. Dr. Nikolaus Wolf Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Humboldt-Universität zu Berlin:
CoCo-Bonds sind zwar auch kein Wundermittel, können aber, wenn sie richtig definiert worden sind, einer Bank im Ernstfall rasch helfen, die Kapitalquote zu erhöhen.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:
Obwohl ich auch hier gewisse Umsetzungsprobleme sehe, hoffe ich doch auf mittelfristig positive Anzeizeffekte und einen zusätzlichen Schutzmechanismus durch die Ausgabe solcher CoCo-Bonds.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:
Die Gläubiger werden in ihrem Anlegerverhalten risikobewusster.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:
Dies ist eine anreizkompatible Maßnahme, die die eigene Risikobeteiligung fördert.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:
Mit diesem Instrument kann die Eigenkapitalausstattung der Banken im Krisenfall automatisch verbessert werden. Es würden so private Gläubiger die Rettung der Banken tragen und nicht mehr (im gewohnten großen Umfang) der Staat.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:
Das benötigte Eigenkapital kann nicht kurzfristig gebildet oder einbezahlt werden, sondern muss über einen längeren Zeitraum angesammelt werden. Dafür sind solche Finanzkonstruktionen eine sinnvolle Überbrückung.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:
Bis zu einem gewissen Grad stellen diese tatsächlich eine tendenziell azyklische Regulierung dar. Alleine ist dies jedoch unzureichend.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:
Es kommt natürlich auf die Details an, aber grundsätzlich ist das ein interessanter Ansatz.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:
CoCo-Bonds sind klar gekennzeichnet, wann und wie sie umgewandelt werden. Die Anreize sind transparent und eindeutig. Investoren ermöglichen bei Umwandlung den Bestand der Bank und partizipieren andernfalls an möglichem Upside. Unklar ist die Zielgruppe. Für viele institutionelle Investoren wird eine mögliche Umwandlung in Aktien nicht in Frage kommen.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Banken haben dann mehr Handlungsspielraum, wenn sich Risikoexpositionen unerwartet verschlechtern.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die CoCo-Bonds könnten im Falle der bevorstehenden Umwandlung ihrerseits zum Problem werden und destabilisierend wirken: sprich enormer Preisverfall der Anleihen, der dann wieder Bilanzeffekte bei den Haltern nach sich zieht. Das Problem bisher war ja gerade, dass man solche Effekte zu wenig beachtet hatte (siehe CDOs). Zudem bedarf es der Regulierung, wer solche Bonds halten darf. Nehmen Sie an, die Banken halten diese untereinander. Dies impliziert Dominoeffekte, Wettbewerbsprobleme (falls diese tatsächlich umgewandelt werden sollten, kann eine gesunde Bank diese kurz zuvor zu niedrigen Preisen aufkaufen und damit eine Bank übernehmen). All dies sollte sorgfältig durchdacht werden!

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Es ist ein einfaches, nachvollziehbares Instrument.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Otto-Guericke-Universität Magdeburg:

Das Instrument ist konzeptionell sinnvoll.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Das Instrument der CoCo-Bonds erscheint mir marktkompatibel und flexibel zu sein.

Prof. Dr. Albrecht Michler Professur für Volkswirtschaftslehre, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

CoCo-Bonds sind zu bejahen, da damit auch die Fremdkapitalgeber in die Haftung einbezogen werden, was in der jetzigen Finanzkrise teilweise nicht erfolgte; damit erhöht sich die Kontrolle durch die Marktgegenseite und die Sanktionsfähigkeit der Märkte.

Prof. Dr. Ulrich Pfister Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Dieses Instrument erhöht die Flexibilität.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die schweizerischen Banken verwenden diese CoCo-Bonds einzig dafür, um die Differenz zwischen 10 und 7,5 % zu schließen. Außerdem kommt der Strukturunterschied zwischen Deutschland und der Schweiz zum Tragen – in der Schweiz überwiegen Privatbanken, wo es ein Weg ist, dass durch die CoCos weder die Zinsen steigen noch eine Kreditrationierung eintritt. In Deutschland mit Landesbanken, Girozentralen usw. ist es nicht notwendig und darüber hinaus kann es hier durch diese höher verzinsten Titel zu Zinssteigerungen ebenso kommen wie zu einer Kreditrationierung, da diese Titel als Anlageinstrument für Landesbanken usw. in Frage kommen (die Schweiz deckt derart ihren Kapitalbedarf). Über den Automatismus kann über CoCos eine Krise schneller verbreitet und derart verschärft werden.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Die Einführung von Pflichtwandelanleihen müsste wahrscheinlich von staatlicher Seite steuerlich begünstigt werden, da anderenfalls wegen des gestiegenen Risikos gegenüber normalen Wandelanleihen diese Form der Anlage wenig attraktiv ist. Eine Privilegierung von Pflichtwandelanleihen bedeutete jedoch eine Verteuerung anderer Finanzmarktprodukte und ginge zulasten der öffentlichen Hand. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, dass Investmentbanken Boni in Form von Pflichtwandelanleihen auszahlen.

FRAGE

Japan steht nach dem Seebeben vor der größten Atomkatastrophe seit Jahrzehnten. Erwarten Sie angesichts der Entwicklung in Japan einen Rückfall der weltweiten Konjunktur in die Rezession?

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Japan wird Wiederaufbau betreiben und zusätzlich investieren.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Japan ist in den letzten Jahren kein besonders ausgeprägter Motor des Weltwirtschaftswachstums gewesen. Es hat nicht durch besonders hohe Wachstumsraten gegläntzt und ist auch größenordnungsmäßig nicht so wichtig, als dass eine weltweite Rezession drohen würde.

Prof. Michael von Hauff Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen, TU Kaiserslautern:

Zu der Situation in Japan kommen noch eine Reihe von krisengefährdeten Ländern wie Spanien, Portugal und Großbritannien und in den USA ist ein klarer Trend der Erholung noch nicht zu erkennen.

Prof. Dr. Gerhard Untiedt Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Auch wenn Japan eine wichtige Industrienation ist und eine enge Verflechtung mit den anderen Volkswirtschaften aufweist, sind die Auswirkungen eher regional.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Es ist nicht auszuschließen, dass es in Japan einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Rückgang des Outputs geben wird, da erhebliche Teil des Produktionspotentials zerstört sein könnten. Die weltwirtschaftliche Bedeutung einer solchen Entwicklung der japanischen Binnenwirtschaft sollte aber nicht überschätzt werden. Nachfrageeffekte des Wiederaufbaus wirken sich zudem zum Nutzen der japanischen Handelspartner aus.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Auswirkungen sind nur kurzfristig. Die notwendigen Investitionen werden die Dynamik der japanischen Wirtschaft eher leicht positiv beeinflussen.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Japan wird die wirtschaftlichen Folgen rasch in den Griff bekommen. Zudem wirkt der Wiederaufbau dort wie ein Konjunkturprogramm. Japans Konkurrenten wie z.B. die deutsche Automobilindustrie könnten sogar von den Produktionsausfällen dort profitieren.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Auswirkungen der Katastrophe in Japan auf die globale Wirtschaft sind derzeit noch schwer abzuschätzen. Da sich die Schäden derzeit aber auf eine verhältnismäßig wenig besiedeltes Gebiet erstrecken, dürften die Effekte auf die globale Konjunktur nicht umfangreich genug sein, um den globalen Aufschwung zu gefährden. Die größten Risiken gehen von einer Ansteckung der internationalen Finanzmärkte aus.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die Konjunktur wird vielleicht etwas schlechter laufen also ohne die Belastungen, die aus der dramatischen Lage in Japan resultieren, zum Beispiel weil Energiekosten aufgrund zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen steigen könnten. Aber um eine globale Rezession auszulösen, scheinen die unmittelbaren Folgen räumlich zu begrenzt.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

In Japan selbst wird die Produktion erst einmal zurückgehen. Aber die Bank von Japan hat sofort liquiditätspolitische Maßnahmen ergriffen, die den Rückgang abmildern könnten. Große staatliche Wiederaufbauprogramme, kreditfinanziert, kommen mit Sicherheit sehr bald (wie seinerzeit nach dem Erdbeben in Kobe) trotz des bereits sehr hohen Staatsdefizits und der extrem hohen Staatsverschuldung; auch das sollte auf die japanische Wirtschaft stabilisierend wirken. Für die Weltkonjunktur gäbe es unter diesen Umständen allenfalls eine Wachstumsdelle, zumal Japan am Welthandel einen nur mäßigen Anteil (rund 4%) hat.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Japan wird rasch wiederaufbauen.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Es wird sicherlich Auswirkungen geben (vor allem über die Finanzmärkte), aber eine weltweite Rezession ist nicht zu erwarten. In der Historie gibt es kein Beispiel einer regionalen Naturkatastrophe, die zu einer weltweiten Rezession geführt hat. Dies wird auch bei dieser der Fall sein, auch wenn das Ausmaß gewaltig ist.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Katastrophe wird selbstverständlich die japanische Wirtschaftslage massiv beeinflussen; eine weltweite Rezession als Folge ist jedoch unwahrscheinlich, es sei denn, die Reaktorunfälle führen zu einer längerfristigen Unbewohnbarkeit von Tokio.



Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Das ist schwer zu sagen. Von der Nachfrageseite erwarte ich keine Probleme. Es kommt auf die Kapitalverflechtungen (wie schon bei der vergangenen Finanzkrise) an.

PD Dr. Elke Agatha Muchlinski Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte, Freie Universität Berlin:

Eine weltweite Rezession ist unwahrscheinlich gegeben die Erwartung unter der Bedingung, dass die Atomkatastrophe "noch" in ihrem schlimmsten Umfange verhindert werden kann und die Aufräumarbeiten danach umso kontinuierlicher sind. Falls diese (positiv gestimmte) Erwartung nicht eintrifft, ist eine Rezession möglich.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Otto-Guericke-Universität Magdeburg:

Die Ereignisse in Japan sind überaus tragisch, aber im Weltmaßstab - rein quantitativ - doch nicht von maßgeblicher Bedeutung.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Sofern die Atomkatastrophe sich in Grenzen hält und es nicht zu einem mehrfachen Super-GAU kommt, der Tokio massiv verseucht, werden die Produktionsausfälle in Japan nachgeholt. Der Wiederaufbau des Landes wird im Gegenteil eher für eine stärkere Nachfrage und zu größeren BIP-Steigerungsraten führen. Kommt es dagegen zu einer schweren Atomkatastrophe mit schwerer Kontamination Tokios und anderer Teile der Welt, sind die wirtschaftlichen Folgen kaum abzusehen.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Unter der Voraussetzung dass die atomare Katastrophe weitgehend auf Japan begrenzt bleibt, kann damit gerechnet werden, dass der in Japan entstehende Produktionsausfall kompensiert werden kann. Mittelfristig wird der Wiederaufbau in Japan konjunkturfördernd wirken.

Prof. Dr. Georg Hirte Lehrstuhl für Makroökonomik und Raumwirtschaftslehre, TU Dresden:

Der Anteil Japans an der Weltwirtschaft ist nicht groß genug. Daher wird es zwar negative Auswirkungen geben, die aber nur gering sind.

Prof. Dr. Dominik Maltritz Lehrstuhl für Internationale Ökonomie, Universität Erfurt:

Die Katastrophe hat sicher Auswirkungen auf die Konjunktur, aber keine so dramatischen, dass es wieder zu einer Rezession käme.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Über mehrere Quartale ist für Japan ein merklicher Produktionsrückgang zu erwarten. Dieser Rückgang des BIPs wird auf die Region um Japan beschränkt bleiben. Die Weltwirtschaft wird dadurch nicht in eine Rezession abgleiten. Allerdings werden steigende Energiepreise weltweit die wirtschaftliche Entwicklung belasten.



Prof. Dr. Albrecht Michler Professur für Volkswirtschaftslehre, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Der prozentuale Anteil Japans am internationalen Handel - insbesondere der Importanteil - dürfte für stärkere Auswirkungen nicht ausreichen. Mittelfristig dürfte sich der Importbedarf Japans erhöhen, ferner werden sich Produktionsanteile in andere Industrieländer verlagern.

Prof. Dr. Ulrich Pfister Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der Rekonstruktionseffekt wird die Weltwirtschaft vor einer Rezession bewahren.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Die Entwicklung in Japan wird zwar dort über Jahre hinweg negative Auswirkungen haben. Für die Weltwirtschaft ergeben sich kurzfristig einerseits negative Konsequenzen aufgrund von Lieferengpässen japanischer Produkte. Andererseits induziert der Wiederaufbau in Japan zusätzliche Nachfrage. Insgesamt ist die Weltwirtschaft, insbesondere die deutsche Volkswirtschaft, auf einem positiven Entwicklungspfad. Die wirtschaftlichen Probleme erscheinen daher beherrschbar.

Prof. Dr. Ashok Kaul Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität des Saarlandes:

Es wird keine Rezession, aber einen deutlichen Wachstumseinbruch in der Weltwirtschaft geben.

Prof. Dr. Karen Pittel ifo Bereichsleiterin Energie, Umwelt und erschöpfbare Ressourcen und Professur für Volkswirtschaftslehre, insbes. Energie, Klima und erschöpfbare natürliche Ressourcen, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das Beben und der Tsunami bewirken vor allem angebotsseitige Produktionsausfälle (Einbruch japanischer Exporte), welche durch andere Länder (vor allem China) zum größten Teil kompensiert werden können. Die letzten Krisen waren alle durch einen Rückgang der Nachfrage induziert. In der heutigen Situation wird der staatlich finanzierter Wiederaufbau in Japan eher die Nachfrage stimulieren. Als Problematisch könnte sich natürlich weiter steigende Verschuldung erweisen. Die Ölpreise scheinen zumindest kurzfristig aufgrund der Entwicklungen in Japan zu fallen, d.h. der Kostendruck wird geringer.

Dr. Jörg Krämer Chefvolkswirt, Commerzbank:

Die Ereignisse in Japan haben sicherlich die Risiken erhöht. Ich erwarte allerdings keine globale Rezession. Zum einen ist die Bedeutung Japans für die Weltwirtschaft nicht so groß. Zum anderen dürfte in den meisten Ländern die Geldpolitik die Wirtschaft so stark anschieben, dass sie gewisse Schocks verkraften sollte. Diese Urteile stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass wir den Verlauf der nuklearen Störfälle derzeit nicht einschätzen können.

FRAGE

Die Entwicklung in Japan hat auch die Debatte um den Atomausstieg in Deutschland befeuert. Sollte die Bundesregierung die vom Bundestag verabschiedete Laufzeitverlängerung rückgängig machen und die letzten deutschen Atommeiler wie unter Rot-Grün beschlossen bis 2021 abschalten?



Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die Vollkostenrechnung des Atomstroms (einschließlich Entwicklung und Entsorgung) ist negativ. Gesamtwirtschaftlich ist Atomenergie nicht vorteilhaft.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Bundesregierung hat zwar eine Laufzeitverlängerung beschlossen, der Atomausstieg ist dadurch aber nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Es geht jetzt in Deutschland darum, wieder zu einer rationalen energiepolitischen Diskussion zurückzukommen, die nicht bloß von blinder Furcht geleitet ist.

Prof. Michael von Hauff Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen, TU Kaiserslautern:

Der Ausstieg aus der Atomenergie begrenzt die Lagerung von Brennstäben und führt durch die Förderung regenerativer Energieträger zu neuen Arbeitsplätzen.

Prof. Dr. Gerhard Untiedt Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Angesichts der möglichen immensen Auswirkungen eines Unfalls in einem AKW sollte alles nochmals auf den Prüfstand und die Laufzeitverlängerung überdacht werden.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich keine neuen Erkenntnisse aus der japanischen Katastrophe, die eine grundlegende Revision der Energiepolitik rechtfertigen würden. Ein Moratorium könnte sinnvoll sein, bis Klärung geschaffen ist.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Ein Bedarf ist nicht gegeben. Die Abschaltung kann zumindest leichte Signalwirkung auf andere Entwicklungsländer ausüben.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Dazu besteht keinerlei Anlass. Es gibt in Deutschland weder starke Erdbeben noch Tsunamis. Außerdem ist das minimale Risiko eines Super-Gau gegen die Risiken anderer Energieträger (z.B. für das Weltklima) abzuwägen. Die Kohleförderung kostet einschließlich der durch sie verursachten Krankheiten weltweit zigtausende Menschenleben. Im Autoverkehr sterben allein in Deutschland jährlich mehr Menschen, als es nach WHO-Schätzung insgesamt an Todesopfern in Tschernobyl gab. Die Hysterie hierzulande steht in keinem Verhältnis zu den wahren Risikoverhältnissen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Bundesregierung hat zwar ein dreimonatiges Moratorium beschlossen. Aber durch den AKW-Gau in Japan hat sich das Sicherheitsniveau der deutschen Kernkraftwerke nicht verschlechtert. Die Politik reagiert hier auf die Ängste der Menschen in unserem Lande, die von den Grünen und der SPD im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen gezielt geschürt worden sind.



Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine selektive Prüfung der AKW besser.

Prof. Dr. Birger Priddat Lehrstuhl für Politische Ökonomie, Universität Witten-Herdecke:

Aber bitte nur in Verbindung mit einem neuen Energieprogramm.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die Atompolitik muss im Lichte der Ereignisse überdacht werden. Es kann kein weiter so geben. Dies wäre fahrlässig. Auch für deutsche Atomanlagen ergeben sich Restrisiken (wenn auch nicht in Form von Erdbeben), die, wie sich zeigt, relevant sind, auch wenn deren Eintrittswahrscheinlichkeit sehr gering ist, so ist sie doch größer null!

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Risiken der friedlichen Nutzung der Atomenergie im Rahmen der Stromerzeugung scheinen höher als von einigen Experten angenommen. Ehrlich gesagt kann man als Ökonom auf diese Frage allerdings keine seriöse Antwort geben, weil wir es mit extrem kleinen und teilweise unbekanntem Wahrscheinlichkeiten zu tun haben (in der Wirtschaftswissenschaft spricht man im Zusammenhang mit unbekanntem Wahrscheinlichkeiten von Ambiguität), die es sehr schwierig machen Nutzen/Kosten-Analysen durchzuführen.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Otto-Guericke-Universität Magdeburg:

Die geologische Situation in Deutschland ist nicht annähernd mit der in Japan vergleichbar. Es sollte eine umfassende Sicherheitsüberprüfung geben, insbesondere mit Blick auf Notstrom zur Kühlung, und ggf. die nötige Nachrüstung, aber keinen politischen Richtungswechsel.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Es gilt zwischen Restrisiken der Kernenergie und wirtschaftlichen Interessen – im Übrigen auch der Verbraucher, die ja kostengünstigen Strom haben wollen – abzuwägen. Dass das Restrisiko nicht so klein ist, hat sich gezeigt.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Die Bundesregierung korrigiert damit unter dem Druck der Ereignisse in Japan eine seinerzeit falsche Entscheidung.

Prof. Dr. Georg Hirte Lehrstuhl für Makroökonomik und Raumwirtschaftslehre, TU Dresden:

Es gab bereits einen mit der Atomindustrie ausgehandelten Kompromiss. Offensichtlich ist demnach ein Ausstieg auch mit dem ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen als machbar angesehen worden. Dieser ursprüngliche Kompromiss sollte wiederbelebt werden. Es ist so und so unverständlich, dass angesichts der großen Anzahl an Störfällen in den deutschen Kernkraftwerken und der nicht einmal geklärten Endlagerung nicht schon längst umgesteuert worden ist. Allein der Gedanke, dass eine permanente Stromversorgung sichergestellt sein muss, um eine Katastrophe zu vermeiden, ist gruselig.



Prof. Dr. Dominik Maltritz Lehrstuhl für Internationale Ökonomie, Universität Erfurt:

Die Wahrscheinlichkeit, dass etwas passiert, ist sehr klein (wenn auch nicht so klein wie angenommen), aber der potentiell Schaden in diesem Fall wäre so riesig, dass der Erwartungswert des Schadens (Wahrscheinlichkeit mal Schaden bei GAU) dennoch sehr hoch ist. Damit ist dies nicht zu verantworten.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Im Lichte der neuen Erfahrungen sind die Risiken der Atomenergie neu zu bewerten. Die Sicherheitssysteme sind entsprechend anzupassen. Die entstehenden Kosten liefern Argumente für eine mögliche Stilllegung der betreffenden Atommeiler.

Prof. Dr. Albrecht Michler Professur für Volkswirtschaftslehre, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Energieversorgung muss mittelfristig mit Atomenergie gesichert werden; im Fall von Energieimporten kommen diese möglicherweise aus europäischen Kernkraftwerken; eine europäische Gesamtlösung ist erforderlich.

Prof. Dr. Ulrich Pfister Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es gibt eine deutlich höhere Sicherheit in diesem Erdteil.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Aufgrund der Ereignisse in Japan wird die Beherrschbarkeit der Atomkraft immer stärker in Zweifel gezogen. Ein Ausstieg bis 2021 hat zwar auch negative Folgen, indem zumindest mittelfristig auf einen verstärkten, aber nicht gewünschten Kohlekraftwerksbetrieb zurückgegriffen werden und die Finanzierung der Entwicklung alternativer Energiequellen gesichert sein muss. Die sich daraus ergebenden negativen Konsequenzen sind jedoch weit weniger gravierend als ein Super-GAU, der durch die Erfahrungen in Japan auch für Deutschland eine höhere Wahrscheinlichkeit erhalten hat.

Prof. Dr. Karen Pittel ifo Bereichsleiterin Energie, Umwelt und erschöpfbare Ressourcen Professur für Volkswirtschaftslehre, insbes. Energie, Klima und erschöpfbare natürliche Ressourcen, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die ursprünglich beschlossenen Restlaufzeiten geben den Unternehmen einen ausreichenden Zeithorizont und Planungshorizont, um den Wegfall der AKW-Kapazitäten durch den Aufbau neuer Kapazitäten zu kompensieren

FRAGE

Kann der deutsche Energiebedarf bis 2021 ohne Atomstrom gedeckt werden?

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Nur bei schnellem, massivem Ausbau alternativer Energien und dezentraler intelligenter Lösungen wäre eine Abkehr von der Atomkraft binnen zehn Jahren möglich.



Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Dies könnte der Fall sein, ja. In den zehn Jahren bis 2021 könnte genügend Kraftwerkskapazität z.B. im Gasbereich zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich der Erneuerbaren bin ich skeptisch, weil die notwendigen Größenordnungen doch sehr substantiell sind. Fragt sich nur, wie all dies zu finanzieren ist und was das für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bedeutet. Schon jetzt ist der Strompreis in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hoch.

Prof. Michael von Hauff Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen, TU Kaiserslautern:

Durch mehr Energieeffizienz und durch den technischen Fortschritt bei den regenerativen Energieträgern ist es möglich.

Prof. Dr. B. Michael Gilroy Lehrstuhl für Makrotheorie & Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Universität Paderborn:

Durch Selbstbeschränkung und durch Ausstellung aller "Standby Funktionen" von Haushaltsgeräten.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Energieeffizienz und alternative sowie regenerative Energien führen dazu, dass die Deckung des Strombedarfs binnen zehn Jahren etwa zu erreichen ist. Es kann aber sein, dass für eine weitere Übergangszeit auch modernere AKW am Netz bleiben und Deutschland Strom importiert. Das wäre aber kein Sündenfall, denn mit Öl tun wir das ja schon lange. Letztlich ist auch die Frage, welche Priorität der Klimaschutz durch Weiterbetrieb der modernsten Generation der AKW hat gegenüber den jetzt aktuellen Sicherheitsbedenken hat.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Alternativen zur Kernenergie sind zu teuer oder ökologisch nicht akzeptabel. Das Ergebnis eines Ausstiegs aus der Kernenergie wären zunehmende Importe von Atomstrom, beispielsweise aus Frankreich oder Tschechien.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Schon derzeit reichen die Kapazitäten aus. Es sollten jedoch neue, effizientere fossile Kraftwerke gebaut werden, um alte Anlagen zu ersetzen. Investition in Energiespeicher ist absolut unumgänglich, um erneuerbare Energien effizient zu nutzen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Natürlich kann er das, aber nur zu immensen Kosten und Wohlfahrtseinbußen. Diese werden mehr Todesopfer fordern als jeder denkbare Kraftwerksunfall, weil gigantische Finanzmittel für Umweltschutz, Gesundheit und Sicherheit zugunsten von Subventionen für Windräder und Sonnenkollektoren umverteilt werden müssen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Sofern Strom aus dem Ausland importiert werden kann (auch Atomstrom aus Frankreich, sic) und die Bürger bereit sind, die nicht unerheblichen Kosten zu tragen.



Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik , WHU – Otto Beisheim School of Management:

Der derzeitige Anteil an Atomstrom ist derzeit noch zu hoch, um kurzfristig (< 10 Jahren) komplett substituiert zu werden.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ja, aber das ist natürlich eine Frage der Kosten.

PD Dr. Elke Agatha Muchlinski Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte, Freie Universität Berlin:

Die Energiebilanzen müssen jetzt gezogen werden; die langfristigen Folgen der Atom"bewirtschaftung" sind auch ohne gegenwärtige Krise Japan nicht antizipierbar und gestaltbar.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Otto-Guericke-Universität Magdeburg:

Das Angebot an alternativer Energie ist noch nicht ausreichend. Und es steht zum Teil in dramatischer Flächenkonkurrenz zur Landwirtschaft - und führt insofern weltweit zu Preissteigerungen bei Lebensmitteln.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Derzeit ist Deutschland Nettoexporteur von Strom. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien, den Ausbau des Stromnetzes, den Ausbau der Speichermöglichkeiten und auch den Ausbau von Gaskraftwerken bis 2021 kann Deutschland sehr gut ohne Atomstrom auskommen.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Die Entwicklung alternative Energiesysteme wird beschleunigt voran gehen.

Prof. Dr. Georg Hirte Lehrstuhl für Makroökonomik und Raumwirtschaftslehre, TU Dresden:

Ich bin kein Energieexperte - doch nach allem, was bekannt ist, kann sowohl der Ausbau alternativer Energien als auch das erhebliche Einsparpotential bei Energie genutzt werden, um dies zu ermöglichen.

Prof. Dr. Albrecht Michler Professur für Volkswirtschaftslehre, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Vermutlich reichen die anderen Energieträger nicht aus, um eine vollständige Versorgung auch bei Spitzenlasten zu sichern; Das Problem der Energiespeicherung bei alternativen Systemen besteht fort.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Der Energiebedarf in Deutschland wird zur Zeit zu 23% durch Atomkraft gedeckt. Das ist kurzfristig keineswegs problemlos durch alternative Energien zu ersetzen. Die Wirtschaft ist jedoch aufgrund ihrer zunehmenden Flexibilität in den letzten Jahren in der Lage, einerseits Energie zu sparen und andererseits die Entwicklung alternativer Energien voranzutreiben, vorausgesetzt es herrscht



weitgehende Planungssicherheit. Energieeinsparungen sind nicht nur bei den Unternehmen, sondern auch bei den Haushalten in erheblichem Umfang dauerhaft notwendig.

Prof. Dr. Ashok Kaul Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität des Saarlandes:

Notfalls kann aus dem Ausland Strom bezogen werden.

Prof. Dr. Karen Pittel ifo Bereichsleiterin Energie, Umwelt und erschöpfbare Ressourcen und Professur für Volkswirtschaftslehre, insbes. Energie, Klima und erschöpfbare natürliche Ressourcen, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Der Energiebedarf hängt entscheidend vom Preis für Energie ab. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, so wird der Preis entsprechend steigen und es kommt zu keinem Nachfrageüberhang. Sollten von heute auf morgen alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, so würde der resultierende Angebotsrückgang zu einem großen Teil durch steigende Importe (allerdings vor allem aus Atomkraft) kompensiert werden können. Der drohende Preisanstieg würde so zwar abgeschwächt - allerdings auf Kosten einer zunehmenden Abhängigkeit vom Ausland. Ebenso wäre ein Ersatz des Atomstroms aus Kraftwerken rechts des Rheins durch Kraftwerke links des Rheins umwelt- und sicherheitspolitisch kaum ein Fortschritt.

FRAGE

Sollte die Bundesregierung die zuletzt gekappte Förderung alternativer Energien künftig wieder erhöhen, um einen reibungsloseren Ausstieg aus der Atomkraft zu ermöglichen?

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Insbesondere der Ausbau von Offshore-Anlagen sollte stärker gefördert werden.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es braucht endlich einen einheitlichen Preis für CO₂-Emissionen. Egal aus welchen Quellen sie stammen, müssen die Emissionen steuerlich gleich behandelt werden. Genauso muss die Emissionsvermeidung gleich subventioniert werden. Das Subventionsdickicht macht die Energiewende sicher nur teurer für den Steuerzahler, ohne sie zu beschleunigen.

Prof. Dr. B. Michael Gilroy Lehrstuhl für Makrotheorie & Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Universität Paderborn:

Eine Wachstumsbranche muss und soll nicht subventioniert werden, da Subventionen nur die relativen Preise verzerren und mögliche Schrumpfungprozessen in andere Branchen verursachen können.

Prof. Dr. Gerhard Untiedt Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Staat sollte die Rahmenbedingungen klar und eindeutig formulieren und in Forschung und Entwicklung investieren.



Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Alternative und regenerative Energien sind nicht nur eine sinnvolle Technologie zur Verwendung im eigenen Land, sondern können auch zum Exportschlager werden. Das gilt nicht nur für Wind und Sonne, sondern natürlich auch und insbesondere für Biogas.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Es sollte kein Energieträger mehr subventioniert werden, da der Markt klüger ist als die Schreibstuben.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Subventionen sind allenfalls ein Instrument, Investitionen in Gang zu setzen. Sie müssen sich dauerhaft selbst tragen. Sonst würde lediglich einer Fehlsteuerung Vorschub geleistet.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Auf keinen Fall, man sollte sie vielmehr weiter kürzen.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die alte Förderung ist nicht effizient.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Erneuerbare Energien sind lange genug kräftig subventioniert worden, mit Hilfe der Einspeisevergütungen verschleiert, damit die Stromendverbraucher nicht gleich merken, wie ihre Stromrechnung erhöht wird. Es ist an der Zeit, dass die Erzeuger von erneuerbaren Energien unter Beweis stellen, dass sie sich auf dem Markt gegenüber konkurrierenden Energiearten behaupten können. Eine Garantie, dauerhaft schöne Gewinne zu machen, obwohl man kostengünstig produziert, sollte der Staat nun wirklich nicht mehr geben. Eine Förderung alternativer Energien über offene Subventionen aus dem öffentlichen Haushalt wäre gesamtwirtschaftlich nicht sinnvoll, weil für die Finanzierung die Steuerbelastung fühlbar erhöht werden müsste und dies Wachstum und Beschäftigung beeinträchtigen würde.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Der Markt soll es richten.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Eigentlich war ich für die Kappung, da sich die alternativen Energien „am Markt“ beweisen müssen, um einen gangbaren Weg darzustellen. Allerdings würde ich im Lichte der Ereignisse „atomare Sicherheit“ stärker denn je als „öffentliches Gut“ ansehen und somit (zeitlich begrenzte) Förderung rechtfertigen.



Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Eher nein. Eine zu lang andauernde Förderung von gewissen Technologien führt oft dazu, dass bei diesen Technologien nicht alle Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung ausgeschöpft werden.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Der Umstieg muss eingeleitet werden, der Energiekostenanstieg sollte in Grenzen gehalten werden. Letztlich müssen die Subventionen aber wieder abgebaut werden.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Otto-Guericke-Universität Magdeburg:

Die Förderung ist auch nach der Kappung sehr großzügig. Der Schwerpunkt sollte auf der Forschung liegen, nicht auf dem Betrieb, vor allem um die Probleme der Flächenkonkurrenz und des weiträumigen Energietransports zu lösen.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Subventionen sorgen immer für Verzerrungen und belasten die Steuerzahler.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Zukunftstechnologien bedürfen einer zeitlich begrenzten Förderung mit öffentlichen Mitteln.

Prof. Dr. Georg Hirte Lehrstuhl für Makroökonomik und Raumwirtschaftslehre, TU Dresden:

Das ist notwendig, da alternative Energien im Vergleich zu fossilen Energien noch nicht voll wettbewerbsfähig ist. Sie stehen im ökonomischen Wettbewerb mit günstigeren Energien.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Durch steigende Sicherheitsanforderungen wird Atomstrom merklich teurer. Infolgedessen sind alternative Energien rechtzeitig zu fördern.

Prof. Dr. Albrecht Michler Professur für Volkswirtschaftslehre, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Subventionen erleichtern den raschen Einstieg; allerdings muss die Subventionspraxis intelligenter ausgestaltet werden.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Prinzipiell wird die Regierung, wenn die Verlängerung des Atomausstiegs nicht nur ausgesetzt, sondern ganz zurückgenommen wird, um eine finanzielle Förderung alternativer Energien nicht herumkommen. Die bisherige Förderung von Solarenergie, die gekappt worden ist, hat jedoch falsche Anreize gesetzt. Die negativen Folgen sind zu wenig bedacht worden. Es ist nach alternativen Konzepten der Förderung zu suchen.

Prof. Dr. Ashok Kaul Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität des Saarlandes:

Die Förderung ist ja nicht in der ganzen Breite gekappt worden. Solar war überfördert und wurde zu Recht gekappt. Das EEG muss ohnehin reformiert werden.

Prof. Dr. Karen Pittel ifo Bereichsleiterin Energie, Umwelt und erschöpfbare Ressourcen und Professur für Volkswirtschaftslehre, insbes. Energie, Klima und erschöpfbare natürliche Ressourcen, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Stattdessen sollten die impliziten Subventionen für Atomstrom abgeschafft werden. Eine verursachergerechte Zurechnung der entstehenden Kosten, z.B. für Endlagerung, und entsprechender Haftungsregeln für den Fall von Atomunfällen würden die Kostenvorteile des Atomstroms erheblich reduzieren und damit Investitionen in erneuerbare Energien attraktiver machen. Einen zusätzlicher Anreiz für Investitionen in erneuerbare Energien ergibt sich zudem durch den zu erwartenden Anstieg der Preise für CO₂-Zertifikate in Folge einer Stilllegung der AKWs. Eine Anstieg der Produktion von Strom aus fossilen Energieträgern in Deutschland würde die Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten steigen lassen und damit Strom aus fossilen Energieträgern verteuern. Entsprechend werden erneuerbare Energien relativ gesehen günstiger. Aufgrund der Beschränkung der europäischen CO₂-Emissionen durch das Emissionshandelssystem wird es zugleich zu keinem Anstieg der Emissionen kommen, da steigende Emissionen im deutschen Energiesektor durch eine Verminderung der Emissionen in anderen Sektoren/Ländern kompensiert werden.

FRAGE

Die Regierung hat eine Bankenabgabe von bis zu 15 Prozent auf den Jahresüberschuss beschlossen, die in einen Rettungsfonds für kriselnde Banken fließen soll. Können damit die Risiken von Finanzkrisen effektiv eingedämmt werden?

Prof. Dr. Peter Winker Lehrstuhl für Ökonometrie, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Es hat ein zu geringes Volumen und setzt nicht die richtigen Anreize.

Prof. Dr. Johannes Jaenicke Juniorprofessur für Ökonometrie, Universität Erfurt:

Profitable Banken werden bestraft und keine Besteuerung/Bestrafung des Risikos erreicht. Sinnvoll wäre eine Besteuerung von Geschäften, die systemrelevantes Risiko bergen.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Dazu bedarf es hauptsächlich besserer Regulierung. Darüber hinaus wäre eine Kapitalmarkttransaktionssteuer als Steuer ein besseres Instrument als die Bankenabgabe.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Wie viele Dekaden hätte die Hypo Real Estate diese Abgabe leisten müssen, um ihre Verluste auszugleichen? Dennoch: 15 Prozent Beitrag ist besser als Null.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Es schwächt die Fähigkeit der Banken Eigenkapital zu bilden. Überdies müssten die Situationen, in denen ein solcher Rettungsfonds hilft, hinreichend klar und eng umschrieben sein.



Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Faktisch führt dies zu einer Quersubventionierung von "schlechten" Banken durch "gute" Banken.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Das Aufkommen ist im Vergleich zu den Risiken einer "Blase" quantitativ zu klein. Besser ist es, die Hebelwirkungen von vorneherein zu begrenzen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die Abschwächung der Risikobereitschaft ist eher gering, da sorglos handelnde Banken dann eben von dem Rettungsfonds – und nicht wie in der letzten Krise vom Staat – gerettet werden. Sinnvoll wäre der Rettungsfonds, wenn zunächst die Eigentümer der kriselnden Banken und erst nachrangig der Rettungsfonds haften müssten.

Prof. Dr. Fritz Söllner Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, TU Ilmenau:

Ein solcher Fonds wäre erst nach vielen Jahren groß genug.

Prof. Dr. Jürgen Kähler Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Die Risiken von Finanzkrisen werden dadurch kaum beeinflusst. Aber man bedient damit die Kritik, dass das Bankensystem die Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Zur Krisenprävention ist das noch kein geeignetes Instrument. Aber grundsätzlich ist es ein Schritt in die (Rück)Übertragung des Verlustrisikos in den Bankensektors.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Das löst keines der Probleme und setzt falsche Anreize (Moral Hazard etc.).

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Der moral hazard würde durch eine solche Abgabe erhöht.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Das dürfte vorerst noch nicht reichen, da der Fonds nur langsam wächst.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die Bankenabgabe ist ein sinnvoller Beitrag im Kontext der Krisenprävention. Natürlich kann ein sich nur langsam aufbauender Risikofonds nicht über Nacht die Risiken von Finanzkrisen eindämmen. Dennoch wird hier auf Dauer ein Risikopolster entstehen, das Vertrauen schaffen wird.

Prof. Dr. Joachim Wilde Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik, Universität Osnabrück:
Das Volumen des Rettungsfonds ist zu gering.

PD Dr. Jochen Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Ein solcher Fonds ist ein Löschwassertank für die nächste Krise. Ob er voll genug ist, wenn er gebraucht wird, kann im Vorhinein nicht gesagt werden.

Prof. Dr. Reinhold Schnabel Lehrstuhl für VWL, insb. Finanzwissenschaften, Universität Duisburg-Essen:

Das ist im Falle des Falles ohnehin nicht ausreichend – und schwächt natürlich das Eigenkapital der einzelnen Banken. Ich bin sehr skeptisch gegenüber Kapital-Fonds, die dem staatlichen Zugriff ausgesetzt sind.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Die Summe wird nie reichen und zugleich besteht ein Anreiz, wenn die Krise kommt, als erster die Mittel zu nutzen.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Die Maßnahme verlangsamt den Prozess zur Erlangung einer ausreichenden Kernkapitalquote und wirkt sich ebenfalls negativ auf das Volumen des Kreditangebotes aus. Außerdem würde es angesichts der aktuellen Ertragssituation der Banken relativ lange dauern, bis der Fonds eine nennenswerte/schlagkräftige Größe hätte. Hier erscheint die Stärkung des Kernkapitals über Kapitalerhöhungen und die Ausgabe von CoCo-Bonds als die wirkungsvollere Alternative.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Das ist kein adäquates Anreizsystem für eine einzelne Bank, Geschäfte mit Krisenpotenziale für sich selbst und die Volkswirtschaft zu vermeiden – im Gegenteil. Außerdem würde damit kaum genug Geld zusammenkommen, um eine Bankenkrise substantiell zu finanzieren.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Bankenkrise war im Wesentlichen eine Staatsbankenkrise und da nützt nur eines:
Zusammenführung der Landesbanken!

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Bei allen guten Absichten besteht die Gefahr, dass die Bankenabgabe eher in die Haushaltskonsolidierung geht. Wenn es zu keiner international abgestimmten Regelung kommt, entstehen Wettbewerbsverzerrungen. Ein aus den Mitteln gespeister Rettungsfonds wird kaum ausreichend sein. Es kann aber auch nicht darum gehen, nun eine Vollkaskoversicherung einzurichten, die uns gegen alle Risiken immun macht. Wichtiger als neue Abgaben sind andere Maßnahmen, etwa die bessere Kontrolle von Hedgefonds oder die Gestaltung der Anreizsysteme für Bankmanager.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Ein Rettungsfonds erreicht erst nach vielen Anspannjahren eine nachhaltige Pufferfunktion gegen Bankkrisen. Dies spricht dennoch nicht gegen seine Implementierung.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Weder überhaupt, noch effektiv. Im Krisenfall reichen diese Mittel ohnehin nicht. Ferner fehlt der Maßnahme jegliche Anreizkompatibilität. Seriöse Banken werden inakzeptablerweise für die unseriösen Banken in Mithaftung genommen. Ferner hätte die Bemessungsgrundlage eine andere als der Gewinn sein müssen: Die Austrocknung des Interbankenmarktes in der letzten Finanzkrise hätte eine Steuer auf jene Positionen auf der Passivseite der Bankbilanzen nahe gelegt, die weder Privatkundeneinlagen noch Eigenkapital sind, also "Kapitalmarktrefinanzierung", insbesondere Refinanzierung bei anderen Banken. Das hätte Eigenkapital relativ billiger gemacht und damit die Banken aus eigenem Interesse - statt gezwungenermaßen - zu höherer Eigenkapitalhaltung motiviert.

Prof. Dr. Jürgen Backhaus Krupp-Stiftungsprofessur für Finanzwissenschaft und Finanzsoziologie, Universität Erfurt:

Der Vorschlag ist anreizunverträglich.

PD Dr. Jan Schnellenbach Lehrstuhlvertreter für Finanzwissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg:

Hier wird ein Bailout-Mechanismus finanziell abgesichert, dies dient aber nicht der Krisenprävention.

Prof. Dr. Lutz Bellmann Lehrstuhl für Arbeitsökonomie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Ein umfassendes Maßnahmenpaket wäre erforderlich.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Die Lenkungswirkung der Bankenabgabe ist begrenzt. Vorrang sollte solchen Regulierungen gegeben werden, die Finanzinstitute stärken und selbst in die Lage versetzen, Verluste zu verkraften. Eine Bankabgabe würde dagegen dazu führen, dass die dringend benötigten Eigenkapitalpolster der Finanzinstitute langsamer aufgebaut werden können.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es dauert viel zu lange, bis ein Kapitalstock in ausreichender Größenordnung gebildet ist. Und in welche Finanzinstrumente soll dieser Kapitalstock angelegt werden? Selbst der so hoch gepriesene Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes hat für die kleine deutsche Lehman-Tochter nicht gereicht.

Prof. Dr. André Schmidt Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Der Vorschlag bietet keinen wirksamen Schutz, da es keine Risikoäquivalenz gäbe.



Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Die Abgabe ist für die einzelne Bank auch durch verantwortungsvolles Management nicht zu vermeiden; sie erfüllt keine Lenkungsfunktion - wenn ich das richtig sehe, was nicht sicher ist.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es würde nicht unbedingt die Gefahr von Krisen eindämmen, könnte aber helfen, die Kosten einer Bankenrettung etwas breiter zu streuen.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Eine vollständige Eindämmung von Risiken der Größenordnung, wie sie in der Finanzkrise hervorgetreten sind, ist aus dem Aufkommen einer solchen Abgabe binnem kurzem nicht möglich. Trotzdem kann es sinnvoll sein, sie zu erheben. Nicht unproblematisch sind die flächendeckende Erhebung ohne volle Rücksicht auf Sicherungseinrichtungen einzelner Säulen des deutschen Bankensystems und der damit verbundene Alleingang gegenüber den Plänen zur EU-weiten Einführung einer solchen Abgabe.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Eine stärkere Risikoverteilung ist immer positiv.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine Bankenabgabe wirkt nicht präventiv: Es besteht die Gefahr der Geschäftsverlagerung in andere Bereiche. Die Abgabe erfolgt unter dem Aspekt der Lastenverteilung bei etwaigen Rettungsmaßnahmen.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Dieser Rettungsfonds entlastet zwar den Steuerzahler im Fall einer akuten Krise, setzt aber nicht bei den Ursachen einer eventuellen neuen Finanzkrise an und könnte sie daher auch nicht verhindern.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die Summe ist im Grenzfall einer systemischen Krise zu klein und wenn die Banken höher belastet würden, ist ihr Geschäftsmodell international nicht mehr wettbewerbsfähig. Grundsätzlich kommt es darauf an Instrumente zu schaffen, die die Möglichkeit von Finanz- und Banken Krisen drastisch reduziert, während die Bankenabgabe nur auf die Folge der Krise zielt.

Prof. Dr. Nikolaus Wolf Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Humboldt-Universität zu Berlin:

Finanzkrisen können nur durch intelligente Regulierung eingedämmt werden, nicht durch eine ex ante festgelegte Abgabe. Dennoch kann diese dazu beitragen, die ex post Kosten einer Krise sinnvoller (v.a. näher am Verursacher) zu verteilen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Anreizwirkungen sind verkehrt.



Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Eine Abgabe von bis zu 15 Prozent ist viel zu gering, um solche Risiken effektiv einzudämmen. Sie könnte höchstens ein zusätzliches Mittel sein, um eine schon bestehende Krise abzumildern (Krisen- statt Risikomanagement-Qualität).

Prof. Dr. Robert Jung Lehrstuhl für Ökonometrie, Universität Erfurt:

Nur ein abgestimmtes Bündel von Maßnahmen kann dieses Ziel erreichen.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Die Richtung stimmt, ob das ausreicht, steht dahin.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Banken werden zur Ertragskompensation höhere Risiken eingehen, diese auf die Kunden überwälzen und zugleich derart von einem Bestandsschutz ausgehen (gemäß der Marktlogik ist aber eine illiquide, insolvente Bank durch Übernahmen usw. vom nationalen, internationalen Bankensektor zu absorbieren) sowie zugleich Ausweichstrategien entwickeln (Auslandsfilialen, Oasen, Zweckgesellschaften usw.)

FRAGE

China will den Yuan als Handelswährung etablieren. Noch in diesem Jahr sollen alle Exporteure und Importeure die Geschäfte mit ihren Partnern in Yuan abrechnen können.A) Sind die chinesischen Finanzmärkte bereit für eine Öffnung?

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Der Yuan ist nicht frei konvertierbar und damit wird dies nicht besonders gut funktionieren.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Die wahre Lage der staatlichen chinesischen Banken ist zu undurchsichtig.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Allerdings kann die Öffnung nur stufenweise und in kleinen Schritten erfolgen.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Die Beschlüsse der chinesischen Regierung zur Einrichtung von Finanzmarktinstitutionen von letzter Woche zeigen die Bereitschaft für eine solche Bereitschaft.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Derzeit lautet die Antwort eher nein, aber irgendwann muss man mit der Einführung des Yuan als Handelswährung beginnen.



Prof. Dr. Jürgen Kähler Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Das weiß man erst nach der Öffnung der Märkte. Die generelle Erfahrung mit einer großen Anzahl von Finanz- und Banken Krisen (z.B. Ostasien und Skandinavien in den 1990er Jahren) ist, dass man sehr vorsichtig mit der Liberalisierung von Finanzmärkten sein sollte.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Ja, falls die Regierung eine Bereinigung des maroden Bankensektors akzeptieren würde und bereit wäre, die Devisenreserven zur Not zur Stützung der Abläufe (nicht der Strukturen) des Finanzsektors einzusetzen. Dies erscheint mir aber nicht so.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Eine Öffnung sollte nach allen Erfahrungen mit einer zu raschen Liberalisierung von Finanzmärkten in Schwellenländern nur behutsam erfahren.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Von der Technologie ist das kein Problem und von der Integration dürfte das positiv wirken.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Eine Öffnung ist notwendig. Das Regime eines festen Wechselkurses zwischen US-Dollar und Yuan ist mit ursächlich für die hohen Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den USA und China. Zudem unterstützt es die inflationären Tendenzen. Eine Öffnung der Devisenmärkte unterstützt auch den Wunsch der chinesischen Regierung nach einer nachhaltigen Etnwicklung.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Sicher ist in China die Liberalisierung der Finanzmärkte weiter voranzubringen, auch weil damit eine dynamischere Binnenkonjunktur gefördert und die hohe Sparquote von fast 50 Prozent abgebaut wird. Das wird aber eher ein langfristiger Prozess sein, der nicht von heute auf morgen ablaufen wird.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die Märkte sind vielleicht bereit für eine Öffnung, die chinesische Regierung sicherlich nicht.

Dr. Manfred Schwenen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Dazu benötigt man die volle Konvertibilität der Währung ohne Kapitalverkehrskontrollen. Das ist aktuell nicht gegeben.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist ein Schritt, den chinesischen Währungsmarkt langsam und vorsichtig zu öffnen, was ökonomisch und vor allem politisch ansteht.



Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die chinesischen Finanzmärkte sind noch nicht weit genug entwickelt für eine vollständige Öffnung. Es fehlt ihnen beispielsweise die nötige Markttiefe, um den zu erwartenden Zufluss an ausländischem Kapital überhaupt absorbieren zu können.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Dollar wird als Handelswährung (insb. wegen der Haushaltsdefizite) zunehmend unter Druck geraten. Die Größe und Stärke der chinesischen Volkswirtschaft legen es nahe, den Yuan als Alternative zu verwenden. Dies gilt umso mehr, als sich der Euro-Verbund derzeit ebenfalls in unruhigen Gewässern befindet. Es ist allerdings anzumerken, dass sich derzeit auch in China ein gewisses Inflationspotential andeutet.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Die chinesischen Finanzmärkte haben große Fortschritte in der Ausgestaltung gemacht, haben aber immer noch Nachholbedarf verglichen mit führenden Finanzmärkten.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die chinesischen Finanzmärkte sind nach wie vor im Vergleich zu westlichen Standards unterentwickelt. Die Entwicklung der Aktienmärkte steckt noch in den Kinderschuhen und ein Markt für Unternehmensanleihen existiert nicht. Die Banken, insbesondere die Großbanken, haben sich in den letzten Jahren gut entwickelt, sind aber nach wie vor geschützt vom Wind des Wettbewerbs, beispielsweise werden die Zinsen von der Zentralbank vorgegeben. Und Hedging - Instrumente wie Futures - sind gerade erst für einen kleinen Kreis von Finanzdienstleistern eingeführt worden.

Prof. Dr. Nikolaus Wolf Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Humboldt-Universität zu Berlin:

Die Inflation ist in China nicht unter Kontrolle, eine Öffnung birgt zahlreiche Risiken.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Hier fehlt es an der Erzwingbarkeit von Verträgen. Die wäre Grundvoraussetzung.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Solange der Yuan nicht international konvertibel ist, würde dies nur ein symbolischer Akt mit Ankündigungseffekt sein.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Die staatlichen Behörden, die über eine Öffnung entscheiden, haben ein zunehmend dezidiertes Interesse daran.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es besteht zwar die „Gefahr“ einer schnellen Aufwertung, aber China hat ausreichend Währungsreserven, um es abzufedern bzw. zu strecken. Globale Diversifikationsvorteile kommen den chinesischen Finanzmärkten zugute und werden sie stabilisieren. Gerade die Nicht-

Liberalisierung bedeutet eine anhaltende, steigende Inflationstendenz und Gefährdung der chinesischen Wirtschaft und darüber eine der chinesischen Finanzmärkte.

FRAGE

Hat der Yuan das Zeug dazu, in den nächsten zehn Jahren neben dem Dollar und dem Euro zu einer weiteren Weltleitwährung aufzusteigen?

Prof. Dr. Johannes Jaenicke Juniorprofessur für Ökonometrie, Universität Erfurt:

Ich kann mir gut vorstellen, dass China eine entsprechende Strategie verfolgt. China hält bereits jetzt hinreichend Reserven an anderen Währungen, insb. im USD und investiert auch im Euro-Raum.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Aber dann muss der Wechselkurs viel stärker an Marktbedingungen angepasst werden und die Kapitalmärkte (schrittweise) liberalisiert werden. Ob das im chinesischen Interesse ist, ist unklar.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Der Renminbi ist weit von der Konvertibilität entfernt. Hinzu kommt, dass eine Diktatur wie die chinesische die Spielregeln von hier auf jetzt ändern kann, und das angesichts der wackeligen Lage im Inland und der vielen heiklen Baustellen (Wanderarbeiter, Sicherheitsstandards, Umwelt, Behördenwillkür, Korruption, Manipulation des Wechselkurses usw.) auch tun wird.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Dazu ist mehr Zeit und Vertrauen nötig.

Prof. Dr. Matthias Wrede Lehrstuhl für Sozialpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Die chinesische Politikdominanz ist zu groß für eine internationale Rolle des Yuan.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Das Wirtschaftspotential Chinas, die Handelsströme, und die chinesischen Devisenreserven lassen das Potential des Yuan erkennen.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es besteht erhebliche Ungewissheit (nicht-kalkulierbares politisches Risiko) bzgl. der Politik der chinesischen Regierung.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

China ist ökonomisch kräftig, hat die weltweit höchsten Devisenreserven und eine glaubwürdige, handlungsfähige Regierung, die ihre Beschlüsse über ein Bündel von Staatsbanken und zentralen



Staatsunternehmen durchsetzen kann - egal wie man politisch dazu steht. China war die Konjunkturlokomotive für die gesamte Welt in den letzten zwei Jahren.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Langfristig ist mit einem Bedeutungsanstieg des Yuan vor allem wegen der Schwäche von Euro und Dollar als Folge der hohen Staatsschulden und der zu erwartenden Geldentwertung zu rechnen.

Prof. Dr. Fritz Söllner Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, TU Ilmenau:

China ist schon jetzt eine der drei größten Volkswirtschaften weltweit.

Prof. Dr. Jürgen Kähler Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Zwei Bedingungen sind erforderlich: Ein großes Handelsvolumen des Landes und eine relativ niedrige Inflationsrate in diesem Land (Grassman's law). Die erste Bedingung hat eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit der Realisierung und die zweite Bedingung hat eine mittelgroße Wahrscheinlichkeit.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Am Yuan wird perspektivisch kein Weg vorbeiführen. Ökonomisch ist er bereits heute eine Weltwährung.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Der Yuan und ganz allgemein die chinesische Wirtschaft haben natürlich das Potential dazu. Vieles wird aber davon abhängen, ob das chinesische Entwicklungsmodell politisch Zukunft hat. Hier hätte ich allerdings Zweifel, weil man ein ganzes Volk nicht auf Dauer dumm halten kann.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Allein aufgrund der Masse ist dieses Szenario wahrscheinlich.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die Währung einer führenden Handelsmacht hat natürlich das Potenzial, auch eine Weltwährung zu werden. Für den Yuan spricht außerdem, dass die Volksrepublik nicht wie die USA, die Eurozone und Japan durch eine Krise um die nicht tragbare öffentliche Verschuldung bedroht sind. In diesem Sinne könnte der Yuan sogar zum sicheren Hafen und zur Fluchtwährung werden.

Prof. Dr. Jürgen Meckl Professur für VWL und Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Wegen der politischen Instabilität ist eine tragende Rolle des Yuan unwahrscheinlich.

Prof. Dr. Reinhold Schnabel Lehrstuhl für VWL, insb. Finanzwissenschaften, Universität Duisburg-Essen:

Die Chinesen haben die Macht, die Verwendung des Yuan durchzusetzen. Ich kann aber nicht beurteilen, ob das heute schon gelingt.



Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Die schiere Größe der Ökonomie legt dies nahe - wenn die politischen Rahmenbedingungen es hergeben. Und da muss China im Sinne eines verlässlichen Ordnungsrahmens noch Hausaufgaben machen.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Derzeit ist die internationale Verschuldung Chinas zu gering, um zur Leitwährung zu werden. Das Angebot an chinesischen Anleihen im Ausland ist zu knapp und zu wenig liquide, damit der Yuan zur Reservewährung werden kann.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Chance ist 50:50

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Chinas Währung wird wohl bedeutender werden. Die Wachstumsaussichten für das Land sind gut, auch wenn die Regierung momentan eher mit der Inflation zu kämpfen hat und deshalb bereit ist, das Wachstum zu drosseln. Dagegen dürften die Zuwachsraten in den USA nicht übermäßig hoch ausfallen. Die Arbeitslosigkeit hat sich seit der Krise verdoppelt, und die öffentlichen Haushalte stehen kurz vor dem Kollaps. Über kurz oder lang wird es zu Steuererhöhungen kommen. Außerdem droht durch die extrem expansive Geldpolitik der Fed eine deutliche Zunahme der Inflation. Dies wird letztendlich auf eine Schwächung des Dollar als internationale Reservewährung hinauslaufen. Der Dollar wird aber in den nächsten zehn Jahren die klar dominierende Währung bleiben.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Die amerikanische Notenbank hat über viele Jahrzehnte hinweg die Monopolstellung des Dollars zur Verfolgung nationaler Interessen missbraucht. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse werden sich in den nächsten Jahren weiter zu Ungunsten der USA verschieben.

Prof. Dr. Jürgen Backhaus Krupp-Stiftungsprofessur für Finanzwissenschaft und Finanzsoziologie, Universität Erfurt:

Ohne eigenständige Zentralbank ist damit nicht zu rechnen.

PD Dr. Jan Schnellenbach Lehrstuhlvertreter für Finanzwissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg:

Chinas Aufstieg wird in absehbarer Zeit gebremst und durch eine Konsolidierungsphase abgelöst.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Mit dem Aufstieg Chinas zur größten Weltökonomie wird das zwangsläufig passieren.

Prof. Dr. André Schmidt Lehrstuhl für Makroökonomie und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Es besteht weiterhin das Problem zu geringer Glaubwürdigkeit.



Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Diese Konsequenz folgt unmittelbar aus der Bedeutung Chinas auf dem Weltmarkt. Wenn die Öffnung des chinesischen Kapitalmarktes weiter so zielgerichtet voran getrieben wird, wird auch der Yuan kontinuierlich an Bedeutung gewinnen.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das Vertrauen in die kommunistische Führung Chinas reicht dafür nicht aus.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Voraussetzung für die Etablierung als Leitwährung ist die volle Konvertibilität des Yuan. Auf Grund des Reformbedarfs im Bankensektor und des Entwicklungsstands des chinesischen Finanzsystems im Allgemeinen, scheint dieser weitreichende Schritt innerhalb der nächsten Jahre jedoch eher unwahrscheinlich. Auf lange Sicht ist jedoch eine tripolare globale Währungsordnung mit Dollar, Euro und Yuan als Leitwährungen durchaus vorstellbar.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Ohne Frage ist China eine starke wirtschaftliche Macht, deren Währung zukünftig eine wichtige Rolle in der Welt einnehmen kann. Ob es aber dazu kommt, ist weitgehend auch eine Frage des politischen Willens in China.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

China ist mittlerweile nicht nur die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, sondern wächst auch rasant weiter; im letzten Jahr mit über 10 Prozent. Es gibt keinen Grund, warum das nicht auch in den nächsten Jahren der Fall sein sollte. Außerdem ist die Regierung bemüht, die Abhängigkeit vom US-Dollar zu reduzieren, was auf Dauer nur geht, wenn die eigene Währung in internationalen Geschäften eingesetzt wird. Das setzt allerdings voraus, dass der Yuan konvertierbar wird und der Wechselkursmechanismus flexibler. Das sind Ziele, die in zehn Jahren erreicht werden können. Die chinesische Regierung hat bereits im letzten Jahr beschlossen, bis zum Jahr 2020 Shanghai zu einem internationalen Finanzzentrum auszubauen, was die Existenz einer internationalen Währung voraussetzt.

Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Passau:

Mit derart hohen Devisenreserven lassen sich Handelspartner auch bei der Währungsfakturierung unter Druck setzen. Aber die Entwicklung der chinesischen Finanzmärkte wird dafür forciert werden müssen.

Prof. Dr. Nikolaus Wolf Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Humboldt-Universität zu Berlin:

Eine Währung wie der Yuan, die von intransparenten politischen Prozessen kontrolliert wird, wird nicht leicht das Vertrauen des US-Dollar gewinnen. Der Yuan wird wichtiger, bleibt aber auf lange Sicht weit davon entfernt, den Dollar abzulösen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Lage in China ist zutiefst instabil.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

10 Jahre sind hierfür nicht genug.



Prof. Dr. Robert Jung Lehrstuhl für Ökonometrie, Universität Erfurt:

Die Währung wird voraussichtlich noch lange lange Zeit von der chinesischen Regierung kontrolliert, das ist mit dem Status einer Weltleitwährung m.E. nicht kompatibel

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Der chinesische Yuan kann das heutige drei-polarige Währungsoligopol (USD, Euro, Yen) in der kommenden Dekade zu einem vier-polarigen Oligopol unter der Bedingung werden lassen, dass China sich ökonomisch (und politisch) weiter öffnet und liberalisiert und zudem die Zentralbank eine auf Stabilität ausgerichtete Geldpolitik betreibt. Denn zu einer "key currency" gehören eine gewisse Größe der monetären Aggregate, Abwesenheit von Kapitalverkehrsbeschränkungen sowie Währungsstabilität. Zudem wird China den Wechselkurs des Yuan flexibilisieren müssen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Der Welthandelsanteil Asiens wird steigen, Finanzzentren (einschl. Research) wachsen jetzt zunehmend auch in Asien - zu den Voraussetzung gehört eine effektive und funktionierende Finanzmarktliberalisierung sowie auch politische Reformen zur Schaffung von Vertrauen, Verlässlichkeit und „Berechenbarkeit“ einschließlich des Bekenntnisses zu freien globalen Märkten. Es geht nicht „gegen“ den US-Dollar, da dann sofort politische Befürchtungen der Nachbarn wachsen. Das Unglück in Japan und die Unsicherheit sowohl in der arabischen Welt als auch bzgl. des Euros stützen diese Entwicklung ebenso wie die real steigende Präsenz Chinas in Afrika usw. Er könnte im Extremfalle den Euro an Bedeutung überholen.